

Toni Dettling alt National- und Ständerat des Kantons Schwyz

«Auslese» Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz H+I / 4. Mai 2012

Kampf der Überregulierung

Unser kleines Land konnte sich bis zum Beginn des laufenden Jahrhunderts erstaunlich gut aus der grassierenden Regulierungsmanie heraushalten. Freiheit und Selbstverantwortung hiess die Losung. Diese bewahrte uns denn auch weitgehend vor Überregulierungen. Dazu beigetragen hat aussenpolitisch der Verzicht auf den EU-Beitritt. Innenpolitisch verhalfen die föderativen Strukturen verbunden mit der Präventivwirkung der Volksrechte zu einem mehr oder weniger schlanken Staat. Der liberale Geist schien hierzulande stärker als der Glaube an die heilbringende Regulierungskraft eines allgegenwärtigen Staates.

In den letzten Jahren sind aber die liberalen Ideale zusehends verblasst. Die Überregulierung und die damit einhergehende Bürokratie sind salonfähig geworden und erfassen immer mehr Bereiche: Die persönliche Verantwortung wird durch staatliche Gebote und Verbote ersetzt. So sollen etwa die Bürger und Bürgerinnen durch ein Rauchverbot und durch ein eidgenössisches Präventivgesetz zu einer staatlich verordneten Gesundheit angehalten bzw. erzogen werden. Und wer die Kinder einer Bekannten hütet, soll über ein staatliches Befähigungszeugnis verfügen. Die Eigenverantwortlichkeit der Konsumenten wird über einen rigorosen staatlichen Konsumentenschutz auf die Anbieter von Waren und Dienstleistungen abgeschoben. Der Vermieter ist aufgrund der engmaschigen Gesetzgebung und Praxis ohne Rechtsbeistand bald nicht mehr in der Lage, einen formell einwandfreien Mietvertrag abzuschliessen. Die kommunalen Baukommissionen ziehen immer häufiger einen Beirat/Experten bei, hinter den sich die verantwortlichen Entscheidungsträger gerade bei der Beurteilung von sogenannten weichen Faktoren (Ortsbildschutz etc.) verbergen können.

Diese wenigen Müsterchen machen die Entwicklung hin zu einer permanenten Überregulierung mehr als deutlich. Die so aufgeblähte Staatsbürokratie nimmt zusehends die Züge eines Selbstläufers an, welcher nach dem Prinzip der Eigendynamik nicht nur sämtliche Bereiche erfasst, sondern diese auch immer mehr durchdringt. Dabei wird nicht nur die Selbstverantwortung jedes Bürgers und jeder Bürgerin ausgehöhlt. Vielmehr kommt auf diese Weise die gerade für unser Land so entscheidende Innovationskraft unter die Räder. Mittelmass und Scheuklappen vor dem Risiko, Neid und Missgunst schlagen – wenn auch schleichend – zusehends zu Buche. Das laufende Nachgeben in den internationalen Verhandlungen über unsere Eigenständigkeit etwa im Steuerstreit reiht sich nahtlos in diese fragwürdigen Entwicklungstendenzen ein. Die Anbiederung an die Regulierungsmanie ist denn auch gerade für unser kleines Land ohne eigene Rohstoffvorkommen verheerend. Eine Nivellierung nach unten scheint programmiert zu sein.

Es ist daher ein Gebot der Stunde, dass wir zünftig Gegensteuer geben und das Prinzip der Freiheit in Selbstverantwortung nicht nur als hehren Grundsatz verkünden, sondern im politischen Alltag wieder in den Vordergrund rücken. Dies ist zwar zuweilen recht mühsam, aber dennoch sehr lohnend. Dabei gilt es, sich gegen die Strömung einer Überregulierung unter Aufzeigung der längerfristigen Folgen konsequent und mit Engagement zur Wehr zu setzen. Ein wirksames Mittel dazu bilden zweifelsohne die Volksrechte. Nur schon die Betonung der Möglichkeit von Referenden und Initiativen kann erfahrungsgemäss die Regulierungslust massiv eindämmen. Die Glaubwürdigkeit der Präventivkraft der Volksrechte wird allerdings dann gestärkt, wenn diese auch bei passender Gelegenheit auch tatsächlich eingesetzt werden.

Die Volksrechte sind nicht zuletzt auch ein wirksames Mittel von Wirtschaftsverbänden – vorausgesetzt diese werden klug und dosiert gebraucht. Gerade die vielfach finanziell gut situierten Wirtschaftsverbände, welche politisch weit weniger gebunden sind als die Parteien, können auf diesem Weg die stetig wachsende Staatsbürokratie in unserer Gesetzgebung wirksam bekämpfen. Der legendäre ehemalige Gewerbedirektor und Nationalrat Otto Fischer hat seinerzeit mit dem engagierten und klugen Einsatz der Volksrechte einiges zur Bewahrung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung beigetragen. Was zur damaligen Zeit billig war, sollte uns eigentlich heute erst recht sein.